



Entwurf, ab: 04/06/99
Offnungszeiten:
Mo - Fr. 08.30 - 12.30 Uhr
Do 14.15 - 15.45 Uhr

Landkreis Wittmund - Postfach 13 55 - 26400 Wittmund

Gegen Postzustellungsurkunde

Firma
Christian Siebels & Co. GmbH
Wallster Postweg 6

26607 Aurich

Datum: 02.06.1999
Dienststelle: Bauamt
- untere Wasserbehörde -
Verw.-Geb.: III, Schloßstr. 9
Sachbearb.: Herr Janssen, Herr Coordes
Zimmer-Nr.: 206 + 203
Tel.-Durchwahl: 04462/86-12 92 + 86-12 88
Tel.-Vermittlung: 04462/86-01
Telefax: 04462/86-1125
eMail: lk-wittmund@t-online.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

61/66 30 80

Meine Nachricht vom

Kopien zu den Beschlüssen.
erb. la

Bodenabbaustätte in Ardorf - Hoheburg
Planfeststellungsbescheid vom 1. September 1988
Planfeststellungsbescheid vom 3. Juni 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch den am 11. Februar 1999 erfolgten Uferabbruch an Ihrer Bodenabbaustätte in Ardorf - Hoheburg sehe ich mich veranlaßt, die o.a. Planfeststellungsbescheide durch die nachstehenden Nebenbestimmungen auszuweiten bzw. zu modifizieren:

I. Bedingung:

Der weitere Abbau wird zugelassen, wenn die Restauffüllungen des Uferabbruches vom 11.02.1999 an der Ostseite von Ihnen abgeschlossen und die Böschungen von dem Sachverständigen Gutachter Herrn Dr.-Ing. Dipl. Geol. P.J. Wagner als standfest beurteilt worden sind. Entsprechende Nachweise sind mir vorzulegen.

II. Auflagen:

1. Der weitere Abbau ist durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Fachgutachter zu begleiten. Die Wahl des von Ihnen zu beauftragenden Gutachters bedarf meiner vorherigen Zustimmung.

Vom Gutachter sind folgende Leistungen zu erbringen:

- 1.1. Kurzfristige Erarbeitung und Vorlage eines Stabilisierungskonzeptes für alle Uferbereiche

unter Berücksichtigung der besonderen Lagerstättenverhältnisse

- 1.2. Planung einer Wasserflächengestaltung nach technischen und ökologischen Anforderungen in Anlehnung an die ermittelten Ausgleichsmaßnahmen und in enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde
- 1.3. Fertigung und Vorlage von Halbjahresberichten -vorzulegen jeweils im Mai und November eines jeden Jahres-, beginnend mit November 1999.

2. Durchführung von Wasserstandsmessungen

- 2.1. Jeden ersten Montag im Monat sind die Wasserstände in allen vorhandenen Beobachtungsbrunnen zu messen. Weiterhin sind die Wasserstände in der Abbaugrube zu ermitteln. Die Messungen sind durch ein nachweislich fachkundiges Büro durchführen zu lassen.
- 2.2. Die Meßergebnisse sind -bezogen auf NN- als fortlaufende Ganglinien darzustellen und dem hiesigen Amt jeweils bis zum 20. des betreffenden Monats unaufgefordert vorzulegen.

Hinweis:

Diese Auflage ersetzt die Absätze 2 und 3 der Auflage lfd. Nummer 3 des Planfeststellungsbeschlusses vom 3. Juni 1991.

3. Durchführung von Profil- und Tiefenmessungen

Im September eines jeden Jahres sind nach vorheriger Abstimmung mit dem unter Auflage 1 genannten Gutachter und der unteren Wasserbehörde an der gesamten Abbaugrube Profilmessungen durchzuführen. Die Lage der Profile wird in dem v.g. Abstimmungsgespräch bestimmt. Weiterhin sind über die gesamte Abbaugrube verteilt ausreichende Tiefenpeilungen vorzunehmen.

Diese Arbeiten sind durch einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur oder das Katasteramt durchzuführen. Alle Höhenangaben sind auf NN zu beziehen.

Die ermittelten Ergebnisse der Profilmessungen sind als Quer- bzw. Längsschnitte aufzutragen. Die Lage der Schnitte und die Tiefenpeilungen sind in einem Lageplan darzustellen.

Sollten detaillierte Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, daß die geforderten Böschungsneigungen nicht eingehalten werden, ist die untere Wasserbehörde berechtigt, auch außerplanmäßig diese Profilmessungen anzuordnen.

Die so ermittelten Unterlagen sind dem Landkreis Wittmund, untere Wasserbehörde, vorzulegen.

Hinweis:

Diese Auflage ersetzt die Auflage lfd. Nummer 16 des Planfeststellungsbeschlusses vom 3. Juni 1991.

Meine Verfügung vom 15. Februar 1999 ist durch diese formelle Ausweitung bzw. Modifizierung der o.g. Planfeststellungsbeschlüsse gegenstandslos geworden.

Die sofortige Vollziehung der angeordneten Nebenbestimmungen ordne ich hiermit an.

Die Kosten des Verfahrens haben Sie zu tragen.

Rechtsgrundlagen:

§§ 36, 74 und 76 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VWVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1998 (BGBl. I. S. 2022)

Begründung:

Am 11. Februar 1999 stellte ich einen Uferabbruch an Ihrer Abbaustätte in Ardorf - Hohebarg fest. Mit Verfügungen vom 11. Februar 1999 und 15. Februar 1999 hatte ich Ihnen gegenüber verschiedene Anordnungen ausgesprochen. Die Anordnungen wurden erforderlich, weil durch den Uferabbruch eine Gefahr für Leib und Leben entstanden war.

Unter anderem hatte ich Sie mit der o.a. Verfügung aufgefordert, die angeordneten Verfüllarbeiten von einem Sachverständigen begleiten zu lassen und zu ermitteln, wie es zu dem Abbruch kommen konnte. Mittlerweile liegt mir das Fachgutachten des Sachverständigen Dr.-Ing.Dipl.Geol. P.J. Wagner vor.

Aufgrund dieses Gutachtens und meiner zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse beabsichtige ich, einen weiteren Abbau an Ihrer Bodenabbaustätte unter der Voraussetzung der Erfüllung der unter I. und II. dieser Verfügung genannten Bedingung und Auflagen zuzustimmen.

Die Begründung der genannten Bedingung und Auflagen ergibt sich wie folgt.

Zu I.

Das Gutachten des Sachverständigen, Herrn Dr. Wagner hat ergeben, daß für die Schadensbehandlung im Uferbereich Ihres Baggersees und zur Abwendung von zukünftigen und auch gegenwärtigen Gefahren bautechnische Stabilitätsmaßnahmen zur dauerhaften Ufersicherung

durchzuführen sind. Der Forderung aus dem Gutachten, nämlich für die unmittelbare und sofortige Sicherung des abbruchgefährdeten Uferbereiches und die mittelbare Standfestigkeitssicherung der Straße „Am Rillenmoor“ sind Sie größtenteils nachgekommen. Der Gutachter hat insoweit auch eine entsprechende Uferstabilisierung festgestellt.

Die Restauffüllungen an der Ostseite des Uferabbruches sind vor einem weiteren Abbau durchzuführen. Sobald diese Arbeiten von Ihnen erledigt und der Gutachter auch diese Böschungen als standfest beurteilt, bestehen in diesem Punkt keine grundsätzlichen Bedenken gegen einen weiteren Abbau.

Zu II. 1

Aufgrund der in der Vergangenheit stattgefundenen Abbrüche halte ich es für erforderlich, daß der weitere Abbau durch einen öffentlich bestellten und vereidigten Fachgutachter begleitet wird. Nur durch permanente Begleitung durch einen Fachkundigen können gegebenenfalls vorhandene Gefahrenpotentiale frühzeitig erkannt und somit etwaigen Gefahren für Leib und Leben entgentreten werden.

Von dem von Ihnen auf Ihre Kosten zu beauftragenden Gutachter ist kurzfristig die Erarbeitung und Vorlage eines Stabilisierungskonzeptes für sämtliche Uferbereiche unter Berücksichtigung der besonderen Lagerstättenverhältnisse zu verlangen. Hierbei sind, um weitere Schäden im Uferbereich Ihres Baggersees zu vermeiden, auch die Kenntnisse bei der Schadensbeseitigung des im Frühjahr 1994 stattgefundenen Uferabbruches zu berücksichtigen. Auch sind die besonderen Merkmale des Standortes und des anstehenden Bodens zu berücksichtigen.

Ferner wird auferlegt, daß vom Gutachter Halb-Jahresberichte - jeweils im Mai und November eines Jahres- , beginnend mit November 1999, gefertigt und mir unaufgefordert vorgelegt werden. Diese Berichte sollen unter anderem für die Aufsichtsbehörde regelmäßige Aufschlüsse über die getätigten und noch durchzuführenden Sicherheitsvorkehrungen und allgemein über die Arbeiten des Gutachters geben.

Zu II. 2

Um einen Überblick über die Wasserstände zu bekommen, sind diese in Anlehnung an die Messungen des Gewässerkundlichen Landesdienstes an jedem ersten Montag im Monat in allen vorhandenen Beobachtungsbrunnen und in der Abbaugrube zu messen. Die Meßergebnisse sind als fortlaufende Ganglinien darzustellen und dem hiesigen Amt jeweils bis zum 20. eines jeden Monats unaufgefordert vorzulegen. Diese Arbeiten sind durch ein nachweislich fachkundiges Büro durchführen zu lassen. Dieses Büro braucht nicht identisch mit dem Gutachter zu Auflage Nr. 1 zu sein.

Aufgrund der Ergebnisse des Gutachtens Dr. Wagner muß zukünftig ein besonders Augenmerk auf die Konstellation der Wasserstände gelegt werden. Insbesondere nach den Sommermonaten wird die Gefahr des Porenwasserüberdruckes steigen. Um die Tendenzen der Wasserstände

frühzeitig erkennen zu können, müssen die Wasserstände durch Ganglinien visuell dargestellt und regelmäßig vorgelegt werden.

Zu II. 3

Die hier genannten Profilmessungen sind erforderlich, um die Böschungsneigungen regelmäßig überprüfen zu können und um etwaigen Gefahren, die von nicht eingehaltenen Neigungen ausgehen, entgegenzutreten.

Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung stützt sich auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. S. 686), in der z.Zt. geltenden Fassung. Um eine Gefahr für Leib und Leben Dritter zu verhindern, liegt es im besonderen öffentlichen Interesse, die Abbruchstelle unverzüglich abzusichern, weitere Baggararbeiten bis auf weiteres einzustellen und die Abbruchstelle umgehend mit bindigem Boden zu verfüllen. Wegen der besonderen Gefahren, die unwiderruflich von dieser Abbaustätte ausgehen, kann es nicht hin- genommen werden, daß ein weiterer Abbau ohne die genannten zusätzlichen Anforderungen bis zur Unanfechtbarkeit dieser Entscheidung fortgeführt wird.

Kostenfestsetzung:

Für den bisher entstandenen Verwaltungsaufwand (ohne Überprüfungen vor Ort) wird gemäß §§ 1, 3, 5, 11 und 13 des Verwaltungskostengesetzes vom 07.05.1962 (Nds. GVBl. S. 43) in der z. Zt. geltenden Fassung - in Verbindung mit Tarifnummer 36 des Kostentarifes zur Allgemeinen Gebührenordnung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171) - in der z. Zt. geltenden Fassung - eine Gebühr in Höhe von **1.689,00 DM** (Verwaltungsgebühr: 1.678,00 DM, Zustellgebühr: 11,00 DM) erhoben. (Dieser Betrag entspricht 863,57 EURO).

Ich empfehle, sich des anliegenden Überweisungsvordruckes zu bedienen.

Die Gebühr ist innerhalb eines Monats an die Kreiskasse Wittmund unter Angabe des Akten- zeichens und des Kassenzeichens **1230.1000/ 209** auf eines der angegeben Konten zu überweisen.

Im Falle der Vollstreckung werden aufgrund des Niedersächsischen Verwaltungsvollstrek- kungsgesetzes (VwVG) vom 02.06.1982 (GVBl. S. 139) - in der z. Zt. geltenden Fassung - Kosten erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Wittmund, Am Markt 9, 26409 Wittmund, einzulegen.

Zu Ihrer Information weise ich darauf hin, daß der Widerspruch wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung keine aufschiebende Wirkung hat und Sie nicht von der auferlegten Verpflichtung entbindet. Auf Ihren Antrag kann das Verwaltungsgericht Oldenburg, Schloßplatz 10, 26122 Oldenburg, nach Einlegung des Widerspruchs die aufschiebende Wirkung jedoch ganz oder teilweise wieder herstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

(Janssen)

vorab:

LR z.K.

1. KR z.K.

60/1 z.K.

61/3 z.Mitz.

02.06.99

02. JUNI 1999

6119 keine Sollstellung ✓